

Pressemitteilung



Postfach 1189, D-85279 Wolnzach
E-Mail: office@bvgg.eu
Fon 0049 8442 916951
Fax 0049 8442 916953
dringend 0171-8657272
www.bvgg.eu

10-09

01.12.2009

Volksbegehren der ÖVP ist ein Verbotsbegehren Gastronomie ist der Verlierer bei einem totalen Rauchverbot

Das Volksbegehren der ÖDP in Bayern ist nach Auffassung des Bundesvereins Gastronomie und Genuss e.V. (BVGG) ein Verbotsbegehren. "Wer ein totales Rauchverbot in der Gastronomie fordert, vernichtet bewusst Arbeitsplätze und treibt viele Lokale, deren Kundschaft hauptsächlich aus rauchenden Menschen besteht, in den Ruin", so Heinrich Kohlhuber, Bundesvorsitzender des BVGG e.V.

Der BVGG e.V. fordert eine Kennzeichnungspflicht für Lokale, wie es beispielsweise in den Nachbarländern Österreich oder Tschechien gehandhabt wird. "So wird kein Nichtraucher gezwungen, in ein Raucherlokal zu gehen und kein Raucher muss sich den Genuss einer Zigarette nach dem Essen entgehen lassen", so Kohlhuber weiter.

Die ÖDP wirbt auf ihrer Webseite mit dem "Bündnis rauchfreie Gastronomie", welchem angeblich über 1.000 Gastronomen angehören sollen. "Wo sind die Mitglieder dieses Bündnisses?", so Kohlhuber. "Trotz mehrfachen Anfragen konnte uns die ÖDP nicht eines dieser Mitglieder benennen, außer dem Mitinitiator und ehemaligem DVU-Kandidaten Herbert Weniger."

Kohlhuber forderte die Politiker auf, zügig die versprochene Innovationsklausel voran zu bringen. Damit könnte, so Kohlhuber, wenigstens ein Teil der befürchteten Insolvenzen wegen des Rauchverbots verhindert werden.

Der BVGG e.V. spricht sich gegen die von der ÖDP geplante Spaltung der Gesellschaft aus. "Die Mehrheit der Lokale in Bayern ist bereits rauchfrei, es besteht kein Grund für weitere Verbote", so Kohlhuber abschließend.

- Ende der Pressemitteilung -

Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten.